



POLITIK / KOMMENTAR

Brasilien -

Auftakt für die Bibel-, Blei- und Bullenfraktion ...

(SB) - Jair Bolsonaro, der den Eliten Brasiliens goldene Zeiten in Aussicht stellt, die mit forcierter Ausbeutung und Verelendung, massiver Repression und ungezügelm Raubbau an den natürlichen Ressourcen befeuert werden sollen, hat am 1. Januar 2019 das Amt als 42. Präsident des Landes angetreten. Der ehemalige Fallschirmjäger und Hauptmann der Reserve steht für eine Krisenbewältigung im Dienst der reichsten und mächtigsten Fraktionen, einer Allianz aus ... (Seite 3)

UMWELT / REDAKTION

Fracking - die raubenden Bohrer ...

(SB) - Im US-Bundesstaat Colorado gibt es über 100.000 aktive und inaktive Bohrlöcher aus der Erdöl- und Erdgasförderung, die mittels der hydraulischen Frakturierung, kurz Fracking, durchgeführt wird. Bei über 700 verwaisten Bohrlöchern wissen die Behörden nicht einmal, wer sie angelegt hat. Nun müssen die Steuerzahler die Stilllegung bezahlen, wofür die Staatsregierung fünf Millionen Dollar zur Seite gelegt hat. Das Geld wird niemals reichen, können sich doch die Sicherungskosten pro Bohrloch ... (S. 12)

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Die Welt wird reicher - und lässt die Armen zurück

von Robert Manoutschehri, Unsere Zeitung, 31. Dezember 2018



Bild: © R. Manoutschehri

Während die Reichen immer reicher werden, steigt parallel dazu die Zahl der Hilfsbedürftigen: Mehr als ein Prozent der Menschheit leidet aktuell unter existenzbedrohenden Schwierigkeiten und einer von 70 Menschen lebt inmitten ausgeprägter humanitärer Krisen. 2019 werden rund 132 Millionen Menschen in 42 Ländern der Welt humanitäre Hilfe brauchen, wie der "Global Humanitarian Overview 2019" der Vereinten Nationen aufzeigt.

Im letzten Jahrzehnt hat die Welt tiefgreifende Entwicklungsschritte gemacht: Zwischen 2008 und 2015 ist die Zahl der in extre-

mer Armut lebenden Menschen von 1,2 Milliarden auf 736 Millionen gesunken. Und die Welt ist auch reicher als je zuvor: Das weltweite BIP stieg von rund 54 Billionen Euro im Jahr 2008 auf 69 Billionen Euro im Jahr 2017. 2018 könnte das globale Bruttoinlandsprodukt sogar 75 Billionen überschreiten. Gleichzeitig leiden wir jedoch unter einer nach wie vor hohen Armutsrate und der Bedarf an humanitärer Hilfe nimmt weiter zu, wie der "Global Humanitarian Overview 2019" [1] (GHO) der Vereinten Nationen aufzeigt.

Zwischen 2005 und 2017 verdoppelte sich demnach die Zahl der Krisen mit international-humani-

tärem Response von 16 auf 30. Allein im Jahr 2017 wurden 16,2 Millionen Menschen durch Konflikte und Gewalt vertrieben - täglich wurden rund 44.000 Menschen aus ihren Häusern vertrieben. Zusätzliche 18,8 Millionen Menschen wurden durch Naturkatastrophen vertrieben. Derzeit sind weltweit fast 70 Millionen Menschen auf der Flucht.

Jährlich brauchen mehr als 120 Millionen Menschen dringend humanitäre Hilfe und Schutz, denn es gibt heute mehr Krisen, die mehr Menschen betreffen und länger andauern, als vor einem Jahrzehnt. Die durchschnittliche humanitäre Krise dauert derzeit mehr als neun Jahre, wie die Analyse der "World Humanitarian Data and Trends 2018" [2] von OCHA zeigt. Dies ist eine deutliche Zunahme gegenüber der durchschnittlichen Dauer von 5,2 Jahren laut Stand 2014. Fast drei Viertel der Menschen, die 2018 Unterstützung erhielten, leben in Ländern, die seit sieben Jahren oder länger in andauernden Krisen stecken. Seit 2014 erforderten beispielsweise nur vier Krisen - Somalia, Südsudan, Sudan und Syrien - rund 55 Prozent aller UN-Finanzmittel.

Schlüsselfaktoren für den hohen Bedarf an humanitärer Hilfe:

Die meisten humanitären Krisen lassen sich nicht auf einzelne Faktoren zurückführen, sondern entstehen in einer Wechselwirkung aus Naturgefahren, bewaffneten Konflikten und menschlicher Verwundbarkeit. Die Anfälligkeit der Menschen für Krisen besteht nicht nur darin, wo sie leben, son-

dern auch, wie sie leben. Armut, Ungleichheit, Bevölkerungswachstum, Verstädterung und Klimawandel untergraben die Widerstandsfähigkeit der Menschheit und machen sie anfälliger, im Katastrophenfall zu scheitern.

Immer mehr Menschen werden durch bewaffnete Konflikte vertrieben. Die Zahl der Zwangsvertriebenen stieg von 59,5 Millionen im Jahr 2014 auf 68,5 Millionen im Jahr 2017. Krisen verschärfen aber auch die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern - in Konfliktherden bleiben Mädchen 2,5-mal häufiger der Schule fern als Jungen, rund 60 Prozent der weltweiten Müttersterblichkeit ist auf mangelnde medizinische Grundversorgung in Krisenregionen zurückzuführen und mindestens eine von fünf Frauen auf der Flucht erleidet sexuellen Missbrauch.

Klimawandel und Naturkatastrophen sind mit hohen, auch menschlichen Kosten verbunden - jährlich leiden durchschnittlich 350 Millionen Menschen an den Auswirkungen der Erderwärmung, an Stürmen, Dürren, Fluten und weiteren Naturkatastrophen. Hungersnöte und Ernährungsunsicherheit auf Krisenniveau stiegen dadurch in nur zwei Jahren von 80 auf 124 Millionen betroffene Menschen im Jahr 2017.

Weltgemeinschaft versagt beim Schutz von Kindern:

In einer gesonderten Aussendung [3] beklagt UNICEF, dass vor allem Kinder zu den Leidtragenden zählen: Kinder, die in Krisenlän-

dern leben, litten auch 2018 unter extremer Gewalt, sie wurden als menschliche Schutzschilde eingesetzt, getötet, verstümmelt oder zwangsrekrutiert. Vergewaltigung, Zwangsehe und Entführung seien in Konflikten von Syrien bis Jemen, von der Demokratischen Republik Kongo bis Nigeria, Südsudan und Myanmar zur Standardtaktik geworden. Auch 89 Prozent der zivilen Opfer von Minen und Blindgängern seien Kinder - ihre Rechte seien es, die am wenigsten garantiert werden.

Die Zukunft von Millionen Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, ist gefährdet, da die kriegsführenden Parteien weiterhin schwere Verstöße gegen Kinder- und Menschenrechte begehen und die Verantwortlichen der Welt die Täter nach wie vor nicht zur Verantwortung ziehen würden. "Zu lange haben Konfliktparteien Greueltaten beinahe gänzlich ungestraft begangen, und es wird nur noch schlimmer", appelliert Manuel Fontaine, Leiter der UNICEF Nothilfeprogramme an die internationale Politik.

2019 markiert das 30-jährige Bestehen der Konvention über die Rechte des Kindes und den 70. Jahrestag der Genfer Konventionen. UNICEF ruft daher alle Konfliktparteien dazu auf, ihren Verpflichtungen gemäß internationalem Recht nachzukommen, Gewalttaten gegen Kinder sofort zu stoppen und Angriffe auf zivile Infrastruktur wie Schulen, Krankenhäuser und Wasserversorgung zu unterlassen. Darüber hinaus appelliere das Hilfswerk an alle Staaten mit Einfluss auf Konfliktparteien, diesen zum Schutz der Kinder zu nutzen.

Ausblick 2019: Politische Lösungen und 21,5 Milliarden Euro sind gefragt

Einer von 70 Menschen weltweit ist auch im kommenden Jahr in einer existenzbedrohenden Krise gefangen. Da die Dauer humanitärer Krisen ansteigt, werden fast 132 Millionen Menschen humanitäre Hilfe benötigen - ihnen fehlt es an Nahrungsmitteln, Unterkünften, Gesundheitsfürsorge, rechtlichem und faktischem Schutz und anderer Grundversorgung, wozu etwa auch Bildung zählt. Laut UN-Nothilfekordinator Mark Lowcock wird der Finanzierungsbedarf für 2019 und für 42 Länder rund 21,5 Milliarden Euro betragen - und das, obwohl das humanitäre System der UN heute effektiver als je zuvor arbeitet.

In Jemen bleibt die aktuell schlimmste humanitäre Krise der Welt voraussichtlich auch im kommenden Jahr bestehen, während die humanitären Bedürfnisse in Syrien, der Demokratischen Republik Kongo, Äthiopien, Nigeria und im Südsudan auf außergewöhnlich hohem Niveau bleiben werden. In Afghanistan hat sich der humanitäre Bedarf aufgrund von Dürre, politischer Instabilität und dem Zustrom wiederkehrender Flüchtlinge erheblich verschlechtert, ebenso wie in Kamerun und der Zentralafrikanischen Republik aufgrund von Konflikten und Gewalt.

Humanitäre Organisationen sind zwar immer erfolgreicher dabei, Leben zu retten und Leiden zu reduzieren, doch viele Bedürfnisse bleiben - mangels Beseitigung der Ursachen und ausreichender Budgetierung - ungelöst. Es ist von größter Bedeutung, dass politi-

sche Lösungen für 2019 ganz oben auf der Agenda der Vereinten Nationen stehen - mit Fokus auf die extrem Schwachen unserer Gesellschaften, so der Appell von OCHA.

Die Weltgemeinschaft ist gefordert, von vielerorts kurzfristiger Symptombekämpfung auf nachhaltige Ursachenbekämpfung umzusteigen und umzudenken. Und dies sogar um weniger Kosten, als derzeit oftmals in sinnloses "Mauern" investiert wird.

Anmerkungen:

[1] <https://www.unocha.org/sites/unocha/files/GHO2019.pdf>

[2] <http://interactive.unocha.org/publication/datatrends2018>

[3] <https://www.unicef.org/press-releases/world-has-failed-protect-children-conflict-2018-unicef>

Erstveröffentlicht in Unsere Zeitung:
<https://www.unsere-zeitung.at/2018/12/29/die-welt-wird-reicher-und-laesst-die-armen-zurueck/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pmsp0825.html>

POLITIK / KOMMENTAR

Brasilien - Auftakt für die Bibel-, Blei- und Bullenfraktion ...

Wir haben jetzt die einzigartige Möglichkeit, unser Land neu aufzubauen. Wir werden die Ordnung wiederherstellen.

Jair Bolsonaro bei seiner Amtseinführung als Präsident

(SB) 2. Januar 2019 - Jair Bolsonaro, der den Eliten Brasiliens goldene Zeiten in Aussicht stellt, die mit forciertem Ausbeutung und Verelendung, massiver Repression und ungezügelter Raubbau an den natürlichen Ressourcen befeuert werden sollen, hat am 1. Januar 2019 das Amt als 42. Präsident des Landes angetreten. Der ehemalige Fallschirmjäger und Hauptmann der Reserve steht für eine Krisenbewältigung im Dienst der reichsten und mächtigsten Fraktionen, einer Allianz aus religiösen Fundamentalisten, Militärs und Großgrundbesitzern, der sogenannten Bancada BBB, der Bibel-, Blei- und Bullenfraktion, unterstützt von weiteren einflussreichen Wirtschaftskreisen, Investoren und der US-Regierung. Seine Antwort auf die schwerste Wirtschaftskrise in der Geschichte des Landes, während der das Bruttoinlandsprodukt zwischen 2015 und 2016 um acht Prozent gesunken ist und von der sich die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas mit rund 210 Millionen Einwohnern so langsam wie nie zuvor erholt, ist die Verherrlichung der Militärdiktatur (1964-1985), das Heilsversprechen einer rigorosen "Säuberung" und eine rassistische Feindbildproduktion, die nicht-weiße Men-

schen, Frauen, Minderheiten und emanzipatorische Bewegungen zum Freiwild erklärt.

Angesichts eines dramatischen Verfalls der Lebensbedingungen, um sich greifender existentieller Unsicherheit und eskalierender Gewalt bedient er mit einer rechtsextremen Ideologie die in der brasilianischen Gesellschaft tiefverwurzelte Kultur von Rassismus und Chauvinismus. Als Garant der Herrschaftsverhältnisse, Schützer der Eigentumsordnung und Retter der von Abstiegsängsten heimgesuchten Schichten bläst er zur Hetzjagd auf Schwächere, um das Regime der Starken vor jeglichem Aufbegehren gegen Ausplünderung, Unterdrückung und Verfügung zu schützen. Er hat sich weder an die Macht geputscht noch als Wolf im Schafspelz das höchste Staatsamt erschlichen, vielmehr wurde er gerade wegen seiner aggressiven Tiraden und unverhohlenen Drohungen gewählt. Was immer man seinem Wahlkampf mittels der sozialen Medien an manipulativen Praktiken ankreiden kann, griff es doch viel zu kurz, von einem Täuschungsmanöver zu sprechen.

Als Abgeordneter hatte Bolsonaro im brasilianischen Fernsehen gefordert, man müsse den Ex-Präsidenten Fernando Henrique Cardoso wegen dessen Wirtschaftspolitik umbringen. Darüber hinaus würde man "mit Wahlen nichts erreichen". Dies gelinge nur, wenn man die "Arbeit der Militärgeneräle vollendet und 30.000 Korrupte umbringt". Im Rahmen des Amtsenthebungsverfahrens gegen die damalige Präsidentin Dilma Rousseff, die unter der Diktatur inhaftiert und

gefoltert worden war, rühmte er im Kongreß mit Coronel Carlos Alberto Ustra einen der Hauptverantwortlichen der Folter. Als einzigen Fehler der Militärjunta bezeichnete er es, daß diese nur gefoltert habe, anstatt alle zu töten. Im Wahlkampf drohte sein Vize-Kandidat mit einem "Putsch", sollte es die Sicherheitslage nach der Wahl erfordern. Kurz vor der Stichwahl kündigte Bolsonaro seinen Anhängern per Telefonansprache eine "Säuberung" unter Oppositionellen an, wie sie Brasilien noch nie gesehen habe. Wer nicht ins Ausland gehe, werde inhaftiert. [1] Seinen Gegenkandidaten Fernando Haddad von der Arbeiterpartei und dessen Unterstützer bezeichnete er als "rote Banditen", die "ausgelöscht" gehörten. Einer Abgeordneten im Parlament sagte er ins Gesicht, sie sei es nicht wert, von ihm vergewaltigt zu werden. Und bei anderer Gelegenheit erklärte er, er ziehe es vor, seinen Sohn bei einem Verkehrsunfall zu verlieren, als einen schwulen Sohn zu haben. Und diese Liste seiner verbalen Attacken ließe sich noch ellenlang fortsetzen. Wie wollte da jemand allen Ernstes behaupten, er habe es nicht gewußt, oder naiv annehmen, das sei alles nur heiße Luft und werde nie in die Tat umgesetzt!

Welcher Kurs angelegt ist, unterstreicht auch das 22köpfige Kabinett, das von Militärs, konservativen Evangelikalen und Vertretern der Agrarlobby dominiert wird. Der ultraliberale Paolo Guedes will als Superminister für Wirtschaft und Finanzen staatliche Hürden für Unternehmer und Handelsschranken soweit wie möglich abbauen. Er ist ein spä-

ter Vertreter der "Chicago-Boys", jener neoliberalen Ökonomen um den US-amerikanischen Professor Milton Friedman, der an der Universität von Chicago lehrte. Die "Boys" haben schon einmal die wirtschaftspolitischen Geschicke eines lateinamerikanischen Staates gelenkt, als unter dem Diktator Augusto Pinochet ab 1973 in Chile Gesundheit, Straßenbau, Schulen und Universitäten privatisiert wurden. Dies hatte massive soziale Konflikte zur Folge, die das Land bis heute prägen. Wenn gleich Bolsonaro verspricht, an dem einst von Lula aufgelegten Sozialprogramm "Bolsa Familia" festzuhalten, wird die in Brasilien ohnehin riesige Kluft zwischen Arm und Reich noch größer werden. [2]

Neuer Justizminister ist Sérgio Moro, der als Richter die Verurteilung des früheren Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva zu einer langen Haftstrafe erwirkt hatte. Er brachte mittels dünner Indizien den aussichtsreichsten Kandidaten ins Gefängnis, diskreditierte die Arbeiterpartei und machte dem rechtsextremen Hinterbänkler Jair Bolsonaro den Weg frei. Moro soll auch die öffentliche Ordnung unterstehen, und so kündigte er bereits strenge Maßnahmen gegen Korruption an, womit natürlich vor allem die Oppositionsparteien gemeint sein dürften. Im vergangenen Jahr wurden in Brasilien mehr als 63.000 Menschen getötet, die neue Regierung will Gewalt mit Gewalt bekämpfen. Ängste löste vor allem in der LGBT-Community die Meldung aus, daß der erzreaktionäre evangelikale Prediger Magno Malta Familienminister werden soll.

Im Kongreß stellt Bolsonaros Partei künftig die zweitgrößte Fraktion, wobei ihn eine parteiübergreifenden Allianz unterstützt, die gemeinsam mehrheitsfähig sein dürfte. Damit schwinden die parlamentarischen Möglichkeiten, ihn politisch einzudämmen. Zudem hat er mit seinen vergifteten Aussagen de facto eine Lizenz zum Töten erteilt. Wenn das berüchtigte polizeiliche Killerkommando Bope künftig Verdächtige erschießt oder Farmer im Norden Indigene oder Umweltaktivisten aus dem Weg räumen, dann wissen sie, daß sie im Einverständnis mit dem Präsidenten handeln. Jeder Brasilianer soll eine Waffe tragen dürfen, um sich zu verteidigen. "Waffen sind Instrumente, leblose Objekte, die man zum Töten benutzen kann - aber auch zum Retten von Leben", heißt es in seinem Regierungsprogramm. Mitglieder der brasilianischen Polizei, die in der Vergangenheit zu einem wesentlichen Teil für das Ausmaß der Gewalt verantwortlich war, sollen eine Art Freifahrtschein bekommen. Er sieht vor, daß Polizisten nicht juristisch verfolgt werden können, wenn sie bei der Arbeit Verdächtige töten.

Das Erwachsenenstrafrecht soll künftig schon ab 16 Jahren angewendet werden, Häftlingen soll das Recht auf Freigang gestrichen werden. Verurteilten Vergewaltigern droht Bolsonaro mit Kastration. Haus- und Landbesetzungen sollen mit Terrorismus gleichgesetzt und mit einer Höchststrafe von 30 Jahren Haft geahndet werden. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, alles Progressive zurückzudrehen, das seine Vorgänger eingeführt haben. Der Präsident beschimpft alles, was nicht

wie er weiß, männlich und heterosexuell ist. Er attackiert Schwarze, Indigene, Frauen und Homosexuelle, womit er auch die einflußreichen evangelikalischen Kirchen auf seine Seite geholt hat. "Brasilien über alles - Gott über allen" - mit diesem Slogan ist sein Regierungsprogramm überschrieben.

In den Schulen soll die "Indoktrinierung" und "frühreife Sexualisierung" beendet werden. Zu diesem Zweck sollen Sexualkunde und Genderthemen aus dem Unterricht verbannt werden und stattdessen Fächer wie "Moralische und bürgerliche Erziehung" auf den Lehrplan kommen, die zuletzt zu Zeiten der Militärdiktatur unterrichtet wurden. Lehrern soll zudem verboten werden, ihre politische Meinung im Unterricht zu äußern, was zweifelsfrei auf Anhänger der Linken in der Lehrerschaft abzielt. Bolsonaro hat die Schüler aufgefordert, ihre Lehrer bei Verstößen zu filmen. In den Hauptstädten der 26 Bundesstaaten soll in den nächsten zwei Jahren jeweils eine Militärakademie geschaffen werden.

Jair Bolsonaro sperrte Journalisten von Folha de S. Paulo und anderen Zeitungen von seiner ersten großen Pressekonferenz aus: "Diese Zeitung ist erledigt", drohte er Folha, der er die öffentlichen Anzeigenaufträge entziehen will, weil sie im Wahlkampf kritisch über seine Methoden berichtet hatte. Journalistinnen und Journalisten, die an der Vereidigungszeremonie teilnehmen wollten, waren aufgefordert worden, sieben Stunden vorher einzutreffen. Mehrere berichteten, Wachleute hätten ihre Verpflegung für die Wartezeit beschlagnahmt, darun-

ter Äpfel und Gabeln, da diese angeblich ein Risiko darstellten. Auf Bolsonaros repressiver Agenda steht auch ein Krieg gegen alle oppositionellen Printmedien, die er bei seinem Aufstieg an die Macht komplett umgangen hatte, um seine Deutungshoheit über die sozialen Medien durchzusetzen.

Folha darf sich in guter Gesellschaft fühlen, da Anhänger Bolsonaros eine Liste mit Namen von 700 Kulturschaffenden veröffentlicht haben, die sie zu "Feinden" erklären. Unter ihnen sind die Schauspielerinnen Camila Pitanga und Patrícia Pillar, der Schriftsteller Fernando Morais, die Musiker Caetano Veloso, Chico Buarque und Gilberto Gil sowie die Theologen Frei Betto und Leonardo Boff. Bossa-Nova-Star Chico Buarque erlebt das nicht zum ersten Mal, er mußte schon während der Diktatur in den 1960er Jahren ins Exil gehen. [3]

Für die zahlreichen indigenen Völker Brasiliens, die in Schutzgebieten leben, brechen unter dem neuen Präsidenten schwere Zeiten an. "Nicht einen Millimeter mehr" wolle er ihnen Platz geben, sagte Bolsonaro im Wahlkampf. 129 dieser Gebiete sollen überprüft, der Schutzstatus könnte ihnen womöglich entzogen werden. Bolsonaro ist jedoch nicht nur eine Gefahr für die Menschen in Brasilien, sondern für die gesamte Welt. Zu den zentralen Projekten der neuen Regierung gehört es, das Amazonasgebiet zur wirtschaftlichen Ausbeutung freizugeben. Bolsonaro spielt offen mit dem Gedanken, aus dem Pariser Klimaschutzabkommen auszusteigen, in dem Brasilien eine Schlüsselrolle ein-

nimmt. Dem größten Regenwald der Erde kommt eine essentielle Rolle bei dem Versuch zu, den Klimawandel doch noch aufzuhalten. Bolsonaro wie auch die Militärs und Agrarlobbyisten, die mit ihm an die Macht gelangen, leugnen das. [4]

"Wir haben jetzt die einzigartige Möglichkeit, unser Land neu aufzubauen. Wir werden die Ordnung wiederherstellen", verkündete der 63jährige Bolsonaro bei seiner Inauguration vor den Abgeordneten. Als erste Amtshandlung will der neue Staatsoberhaupt per Dekret das Waffenrecht liberalisieren, damit sich "gute Bürger" verteidigen könnten. Der neue Präsident Brasiliens er-

füllt alle Merkmale eines rechts-extremen Politikers mit einer Ausnahme: Er ist kein Antisemit, sondern wie sein Vorbild Donald Trump ein Bewunderer Israels, weshalb er die brasilianische Botschaft offiziell von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen will. Bei der Amtseinführung waren als ausländische Gäste unter anderem Benjamin Netanyahu, Chiles Präsident Sebastián Piñera und Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban präsent. Donald Trump wurde von seinem Außenminister Mike Pompeo vertreten, gratulierte Bolsonaro aber per Twitter zu einer "großartigen Antrittsrede" und sicherte ihm die Unterstützung der USA zu.

Anmerkungen:

[1] www.tagesschau.de/ausland/bolsonaro-rechtsextrem-101~_origin-81609c7f-15a5-4e66-89b9-750b524b8494.html

[2] www.sueddeutsche.de/politik/brasilien-bolsonaro-reformen-1.4270745

[3] www.sueddeutsche.de/politik/brasilien-bolsonaros-umstrittene-superminister-1.4197856

[4] www.sueddeutsche.de/politik/brasilien-bolsonaro-praesidentschaftswahl-1.4189341

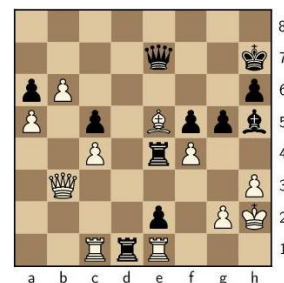
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1809.html>

SCHACH UND SPIELE / SCHACH / SCHACH-SPHINX

Stümperei oder Genialität

(SB) - Königin unter den Offenen Spielen war für mehrere Jahrhunderte die Italienische Partie 1.e2-e4 e7-e5 2.Sg1-f3 Sb8-c6 3.Lf1-c4, und hier spielte insbesondere das Evans-Gambit nach 3...Lf8-c5 4.b2-b4!? eine wesentliche Rolle. Nachdem jedoch erkannt worden war, daß Weiß oft ein gefährliches Angriffsspiel erlangen konnte, ersann man ein neues Konzept für Schwarz und erwiderte auf den italienischen Läuferzug 3...Sg8-f6. Mit dem aktiven Springerzug entbrannte sofort ein heftiger Kampf um die Mitte. Die früheste Analyse dieses Systems datiert aus dem Jahre 1560 und stammt aus der Feder des hochberühmten italienischen Meisterspielers Polerio. Die weiße Strategie verfolgte den Angriff auf den Bauern f7, also schi-

en es naheliegend zu sein, daß Weiß nach 3...Sg8-f6 unmittelbar mit 4.Sf3-g5 seine Pläne konkretisierte. Über den Springerausfall gingen die Meinungen im Spagat weit auseinander. Siegbert Tarasch bezeichnete ihn als Stümperezug, während Bobby Fischer darin die Widerlegung des Zweispingerspiels sah. Im heutigen Rätsel der Sphinx wurde der Streit zwischen Stümperei und Genialität aufs neue geführt. Im Kulminationspunkt der Feindseligkeiten leistete sich Schwarz indes nunmehr einen schweren Fehler mit 1...De7-b7? Statt dessen hätte er mit 1...Td1xc1! 2.Te1xc1 De7-b7! durchaus gute Remischancen gehabt. Also, Wanderer, warum war die Einschaltung des Turmtausches Pflicht gewesen?



Purcareia
- Hosszu
Fern-
partie
1981

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:

Bobby Fischer verband Krieg und Schachspiel, sein Ziel war immer auch die moralische Vernichtung seines Kontrahenten: 1...Te6xe3! 2.Te1xe3 Te8xe3 3.Kf2xe3 Dc7xf4+!! und Schwarz gab auf, denn nach dem Königszug 4.Ke3xf4 setzt 4...Lg7-h6# Matt und bei 4.Ke3-e2 Sc6-d4+ oder 4.Ke3-f2 Sf6-g4+ 5.Kf2-g2 Sg4-e3+ 6.Kg2-f2 Sc6-d4 7.Db1-h1 Se3-g4+ verliert Weiß eine Figur.

BÜRGER UND GESELLSCHAFT / FAKTEN / NACHRUF

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

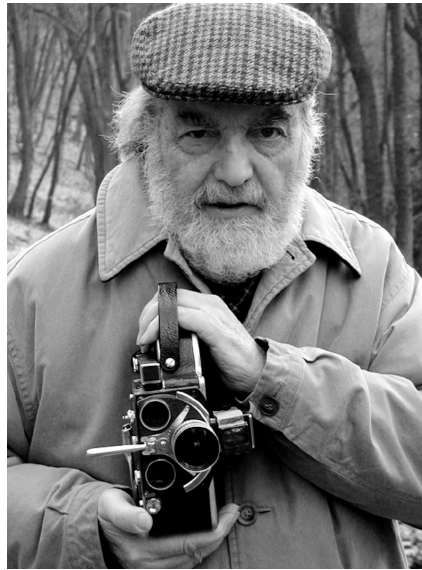
Unser geliebter Alter:

Nachruf auf Osvaldo Bayer

(Buenos Aires, 26. Dezember 2018, página 12) - Der anarchistische argentinische Autor, Historiker und Journalist Osvaldo Bayer ist am 24. Dezember 2018 im Alter von 91 Jahren gestorben. Sein Sohn Esteban Bayer hat einen Brief nach dem Tod seines Vaters veröffentlicht.

Seit einigen Wochen bereits hatte Osvaldo das Bedürfnis aufzubrechen, er hielt es nicht mehr aus, in seinem Häuschen zu sitzen und nichts tun zu können. Er wollte seine Koffer packen. Er wachte morgens in dem Glauben auf, zu einem Menschenrechtskongress reisen zu müssen, oder mit der Vorstellung, dass man ihn in einem ganz entlegenen Dorf in der Pampa erwartete, um über eine Namensänderung einer Straße zu diskutieren, die nach einem Völkermörder an unaussprechlichen Indigenen benannt war. Oder dass er zu einer kleinen Schule in der weit entfernten Hochebene von Jujuy gerufen worden sei, wohin sich nie jemand verirrt - aber er durfte nicht fehlen, um über die Rechte der indigenen Bevölkerung zu sprechen. Gleichzeitig wurde er an der Berliner Universität erwartet und auf einer Gewerkschaftssitzung in Patagonien. Er musste einfach da sein.

Er fragte nach seinem Koffer, ob sein Reisepass und die Flug-



Osvaldo Bayer (15. Februar 1927 - 24. Dezember 2018)

Foto: Eduardo Montes-Bradley [CC BY 3.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>)], via Wikimedia Commons

tickets bereit lägen. Mit Claudia, der großartigen Compañera, die ihn die letzten Jahre pflegte, hatten wir Codes entwickelt, um ihn davon zu überzeugen, die Reise aufzuschieben. Jetzt akzeptierte er keinen Aufschub mehr. Er hatte sich entschieden, abzureisen. Als guter alter Anarchist, und um uns allen, die wir die Kerzen an einem grünen Baum anzünden wollten, noch mal auf die Nerven zu gehen, suchte er sich das passende Datum aus: den 24. Dezember 2018. Seine Enkeltöchter in Hamburg stellten unter Tränen fest: Der Opa ging nicht, ohne der Kirche auf

seine Art noch mal eins auszuwischen.

Ich bin davon überzeugt, dass der Grund für seine Eile in der aktuellen Realität dieses Landes liegt. Eigentlich hatte er vor, allen auf die Nerven zu gehen, wie er es nannte, bis er 100 Jahre alt würde. Ein Jahr weniger als seine geliebte Tante Griselda aus Santa Fe. Aber die Realität hat ihn eingeholt. Er hatte keine Erklärung mehr für das, was er in den Zeitungen las und auf der Straße hörte.

Jetzt drängte es ihn, andere Wahrheiten kennen zu lernen. Er ging, um seine alten Weggefährten und historischen Vorbilder zu treffen, mit denen er immer sprechen und debattieren wollte, aber nie die Gelegenheit dazu hatte: Als Pazifist wollte Osvaldo mit Severino über Gewalt diskutieren; mit dem Anführer der Patagonía Rebelde Antonio Soto oder dem indigenen Kämpfer Arbolito. Aber vor allem ging er, um all die anonymen Helden zu treffen, die für eine gerechtere Welt kämpften, jene die sich nicht brechen ließen und all die Namenlosen, die auch heute täglich kämpfen, ohne in der Zeitung aufzutauchen. Ihnen hörte Osvaldo immer zu und gab ihnen eine Stimme.

Geliebter Alter, Danke für all das, was Du uns beigebracht hast, als

Deinen Kindern, als Kämpfenden, als Mitbürgern, als Menschen.

Lass dich noch einmal umarmen, so wie wir das zuletzt vor kaum einer Woche getan haben.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/unser-geliebter-alter-nachruf-auf-osvaldo-bayer/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/fakten/bfay0022.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

RECHT / STRAFJUSTIZ / MEINUNG

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Verbrannt und vergessen

von Peter Schaber / lcm - Untergrund-Blättele, 31. Dezember 2018

Ein unschuldig inhaftierter syrisch-kurdischer Geflüchteter stirbt bei einem Zellenbrand in einem nordrhein-westfälischen Knast. Im Jahr 2018 in Deutschland kein Thema, das die Gemüter erregt.

Was geht in Kleve? Allzu viel ist nicht los in der Kleinstadt an der deutsch-niederländischen Grenze. Eine Google-News-Suche ergibt: Eine Kleverin soll aus Habgier einen 93-Jährigen vergiftet haben; die "Kulturwelle" im lokalen Hallenbad bietet "das volle Programm"; und der Feuerwehr Kleve steht eine Ehrung ins Haus, weil sie entlaufene Pferde aus dem Morast befreite.

War noch was? Achso, genau. Am 17. September 2018 war in der Gefängniszelle 143 der Justizvollzugsanstalt Kleve ein Feuer ausgebrochen. Der 26-jährige Syrer Ahmad A. starb an den Brandfolgen. Aufgeklärt ist der Fall bis heute nicht. Und wer nachforscht, findet Unfassbares. Ahmad A. war für die Taten eines anderen eingesperrt worden, mehrfach als wechselweise "suizidgefährdet" oder "nicht suizidal" eingestuft worden, ohne in drei Monaten unschuldiger Haft je einen Dolmetscher oder Rechtsbeistand gesehen zu haben. Am Ende brennt seine Zelle und das Justizministerium belügt die Öffentlichkeit darüber, ob A. sich während des

Brandes bemerkbar gemacht hat oder nicht.

Anfänglich berichten zahlreiche Medien, lokale wie überregionale. Doch das Interesse schläft ein, und spätestens seitdem NRW-Justizminister Klaus Biesenbach (CDU) Anfang November 2018 dem Rechtsausschuss des Landtages einen 60-seitigen Bericht vorlegte, in dem der damalige Kenntnisstand zusammengefasst wird, ist es still im Blätterwald. Warum eigentlich? Wer den Bericht genau liest, wird eine Chronologie des Irrsinns vor sich finden. Und wird sich gezwungen sehen, Fragen zu stellen, die bislang weder in der Landesregierung, noch von den um "Seriosität" bemühten bürgerlichen Pressezeugnissen gestellt werden.

Die "Verwechslung"

Ahmad A.s Martyrium beginnt am 6. Juli 2018. In der Nähe einer Kiesgrube. Am Hartfelder Heideweg in Geldern wird er von der Kreispolizei aufgegriffen, der Vorwurf: Er soll vier Frauen "auf sexueller Grundlage beleidigt" haben. Die Kreispolizei Kleve nimmt A. mit auf die Wache. Es wird eine Identitätsfeststellung durchgeführt. Die Beamten "verwechseln" Ahmad A. mit einem per Haftbefehl gesuchten Mann aus Mali, dessen Alias-Name mit

dem - äusserst gebräuchlichen - Namen von Ahmad A. übereinstimmte. Dass der Gesuchte im eigenen Fahndungssystem mit Staatsangehörigkeit "malisch" und Geburtsort "Tombouctou" notiert war, A. aber aus Aleppo kam, offenkundig nicht aus Mali, verhinderte die Inhaftierung nicht. Aufgrund einer ED-Behandlung lag der Polizei auch ein Lichtbild des tatsächlich Gesuchten vor. Es wurde, so schreibt das Justizministerium, einfach "kein Abgleich der hinterlegten Daten aus der ED-Behandlung" durchgeführt.

Hier bereits kann man fragen: Soll das wirklich eine unabsichtliche "Verwechslung" gewesen sein? Es wirkt eher, als hätte man sich alle Mühe gegeben, um A. zu "verwechseln". In jedem Fall spielt eine ordentliche Portion Rassismus eine Rolle. Man kann spekulieren: Wäre jemand, der fließend deutsch spricht und wie ein Biodeutscher aussieht, auch als malischer Staatsbürger "identifiziert" worden, selbst wenn es einen Namenstreffer im System gegeben hätte?

Die erfundene Vergewaltigung

Die Beamten "verwechselten" Ahmad A. aber nicht nur mit einem in Hamburg gesuchten Mann aus Mali. Gleichzeitig sahen sie in A. auch noch den per Öffentlichkeitsfahndung gesuchten Täter einer Vergewaltigung. Am 10. Juli führten Beamte dann mit der "vermeintlich Geschädigten" einen Lichtbildabgleich durch, zeigten ihr ein Foto von Ahmad A.

Die Frau räumte dann ein, dass es keine Vergewaltigung gegeben

habe und sie das Delikt erfunden habe. In dem Bericht des Justizministeriums zu A. heisst es dann: "Das bei der hiesigen Behörde später unter dem Aktenzeichen 203 Js 375/18 erfasste Verfahren gegen den syrischen Staatsangehörigen wegen des Verdachts der Vergewaltigung wurde, ohne dass eine verantwortliche Vernehmung durchgeführt wurde, wegen erwiesener Unschuld eingestellt."

Hier sind mehrere Fragen offen: Denn zum einen haben die Beamten der Kreispolizei Kleve offenbar ein Verfahren angelegt, das auf Ahmad A. lief, nicht aber gegen den Malier aus Hamburg, mit dem man ihn angeblich verwechselt hatte. Zum anderen wurde auch, nachdem klar war, dass zumindest dieser Tatvorwurf aus dem Raum ist, nicht noch einmal geprüft, wen man da eigentlich eingesperrt hatte.

Die Suizidthese

Am Abend des 6. Juli wird Ahmad A. in die JVA Geldern überführt. Auch dort werden die Daten des eigentlich gesuchten Maliers als Alias-Namen von Ahmad A. vermerkt. In Geldern beginnt auch die verwirrende, im Verlauf der Zeit andauernd korrigierte Einstufung Ahmad A.s als psychisch labil. In der Gesundheitsakte des Gefangenen wird vermerkt: "Suizidgefahr. Gemeinschaft mit zuverlässigen Gef. Der Gef. darf nicht allein bleiben. Sicherungsmassnahmen beachten!"

Am 9. Juli sieht A. zum ersten Mal einen Amtsarzt. Der findet ihn zwar "wach" und "orientiert", diagnostiziert "keinen Hinweis auf inhaltliche oder formale

Denkstörungen". Er findet aber Narben, die von älteren Selbstverletzungen herrühren könnten. Der Amtsarzt vermerkt eine "V.a. Persönlichkeitsstörung DD Anpassungsstörung, soweit in der Untersuchungssituation bgH eruierbar".

Weder hier, noch irgendwann in den kommenden Wochen wird ein Übersetzer hinzu gezogen. A. sprach etwas Deutsch. Keineswegs aber genug, um ärztliche und psychologische Untersuchungen durchführen zu können. Vor seiner Haft, im Jahr 2016, war A. bereits zweimal auf freiwilliger Basis in einer geschlossenen Psychiatrie - so berichtete sein Anwalt den Ermittlern des Justizministeriums. Die Ärzte dort, wohl weniger an Massenabfertigung gewöhnt als die Anstaltsdoktoren, gaben nach einem ersten Gespräch zu Protokoll, dass "aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse des syrischen Staatsangehörigen ein sicherer psychopathologischer Befund nicht zu erheben gewesen" sei. Daraufhin wurde ein längerer Aufenthalt in der Klinik vereinbart. Ergebnis aus dem Jahr 2016: "Im Rahmen des dreitägigen Aufenthalts sei ein weiteres Gespräch unter Mithilfe eines professionellen Übersetzers geführt worden, bei dem sich keine Anhaltspunkte für suizidale oder fremdaggressive Gedankengänge auf dem Boden einer zu diesem Zeitpunkt sicher zu diagnostizierenden psychischen Erkrankung gefunden hätten."

Am 10. Juli wird Ahmad A. nach Kleve überstellt. Dort gehen die Untersuchungen weiter - wieder ohne Dolmetscher. Der Anstaltsarzt vermerkt am 11. Juli: "voll-

zugstauglich: ja; Bedenken gegen Einzelunterbringung; Suizidgefährdung: ja; Bemerkungen: Beobachtung 15 Min." Zwei Tage später notiert ein Mitarbeiter des Sozialdienstes der JVA, A. würde Suizidgedanken negieren und es seien auch keine erkennbar. Und drei Wochen später, am 2. August 2018, heisst es nun auch seitens des Anstaltsarztes der JVA Kleve: "Bedenken gegen Einzelunterbringung? nein; Suizidgefährdung? Nein".

Ahmad A. hatte in der Zwischenzeit einen "Antrag" gestellt auf Aufhebung der Sicherungsmassnahmen, die aus seiner vermeintlichen Suizidalität erfolgten. Im Zuge der Prüfung dieses Antrags spricht er auch mit der Anstaltspsychologin. Dieses Gespräch ist von besonderer Bedeutung. Denn die Psychologin notiert am 3. September, A. habe "eine Menge kaum nachvollziehbarer Angaben zur Person" gemacht. In den Worten der Anstaltspsychologin: "Er habe seinen Namen immer korrekt mit Ahmad Amad angegeben, geboren sei er am 13. Juli 1992 - alle anders lautenden Angaben seien auf fehlerhafte Protokolle der Polizei zurückzuführen. Die Daten aus dem Urteil zu I. seien ihm allesamt unbekannt, das Urteil betreffe ihn nicht. Er kenne den Namen Ahmady Guira nicht, sei nie in Hamburg oder Braunschweig gewesen - schon gar nicht zu der dort angegebenen Tatzeit - da sei er noch gar nicht in Deutschland gewesen usw. usf."

Wer das liest, reibt sich die Augen. A. sagt die Wahrheit - und nichts als die Wahrheit. Aber die Dehumanisierung von Gefangenen, insbesondere von migranten-

schen, führt dazu, dass die Anstaltspsychologin gar nicht mehr in der Lage ist, ihn als menschliches Subjekt wahrzunehmen. Angaben der Polizei - das sind offizielle Dokumente und sie müssen ihre Richtigkeit haben. Aussagen eines syrischen Gefangenen - "eine Menge kaum nachvollziehbarer Angaben". Dennoch meint auch die Anstaltspsychologin, dass keine Suizidabsichten vorhanden seien und befürwortete die Aufhebung der Sicherungsmassnahmen.

Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen wertet dieses absurde Hin-und-Her im Endeffekt als Beleg ihrer These, dass A. seine Zelle in der Absicht, sich selbst zu töten, angezündet habe. Abgesehen davon, dass selbst die Anstaltsärzte, Sozialarbeiter und die Psychologin zu unterschiedlichen Ergebnissen zu A.s vermeintlichen Suizidabsichten kommen, sind all deren Einschätzungen aus zwei Gründen ohnehin Quatsch. Einmal, weil kein Übersetzer zur Hilfe geholt wurde. Zum anderen aber, weil die genannten Ärzte offenbar gegenüber nicht als vollwertigen Menschen betrachteten - eine notwendige Voraussetzung für jede psychologische Beurteilung. Woran es lag, an der Gefängnissituation, an unbewusstem oder bewusstem Rassismus - man kann nur spekulieren. Aber wer jemanden nicht so ernst nimmt, um glasklaren Hinweisen auf eine Personalienverwechslung auch tatsächlich nachzugehen, braucht sich kein Urteil über psychische Krankheiten ebenselben Person zuzutrauen.

Für die Landesregierung jedenfalls scheint der Wunsch Vater des Gedankens zu sein. Ahmad A.

muss Selbstmord begangen haben, denn es kann nicht sein, was nicht sein darf. Oder zumindest darf es dann nicht öffentlich werden. Insofern dient die Beweisführung dazu, zumindest den Anschein zu erwecken, A. habe seine Zelle in Suizidabsicht angezündet. Deshalb kommt auch im Untersuchungsbericht die Familie A.s, die das vehement bestreitet, nicht zu Wort.

Der Brand

Am Abend des 17. Septembers 2018 brennt es in Ahmad A.s Zelle. Der Stand der Ermittlungen Anfang November lässt den Vorgang so rekonstruieren: Ein Sachverständiger kam zu dem - vorläufigen - Ergebnis, dass der Brand wenige Minuten nach 19 Uhr begonnen habe. Die Brandzeit habe etwa 20 Minuten betragen, gegen 19:25 sei gelöscht worden. Um 19:23 ging ein Notruf bei der Feuerwehr in Kleve ein.

Brisant ist zunächst: Justizminister Klaus Biesenbach hatte zunächst öffentlich behauptet, der Gefangene hätte nicht versucht, sich bemerkbar zu machen und die Gegensprechanlage nicht betätigt. Das stellte sich als falsch heraus. Um 19:19:10 betätigte Ahmad A. die Gegensprechanlage, will also die Justizvollzugsbeamten rufen. Und: Die heben ab. Für neun Sekunden. Dann drücken sie A. weg.

Was hier geschehen ist, kann man nicht richtig sagen. Denn die einzige Quelle der Ermittler ist die Befragung der Justizbeamten selbst "im Rahmen der kollegialen Beratung" des "besonderen

Vorkommnisses vom 17. September 2018". Die offizielle Version ist: A. habe zwar durchgerufen, man habe auch abgenommen, aber er habe einfach nichts gesagt. In den Worten der kollegial beratenden Experten: "Am 17.09.2018 soll der Bedienstete der Abteilung 1 ein Telefonat mit einem Gefangenen geführt haben, als gegen 19:19 h der Lichtruf aus dem Haftraum 143 auf dem Bildschirm der Haftraumkommunikationsanlage aufleuchtete.

Der Bedienstete soll sodann den Lichtruf angenommen und dem Gefangenen mitgeteilt haben, dass er derzeit noch ein Telefonat zu führen habe und sich später melden würde. Da der Gefangene sich nicht weiter bemerkbar gemacht habe, sei der Ruf danach quittiert (beendet) worden. Der dargestellte Umgang mit Lichtrufen stellt insoweit keine Besonderheit dar und wird in der Praxis so auch in anderen Anstalten geübt."

Die bislang durchgeführten Brandermittlungen krankten an mehreren unausgesprochenen Voraussetzungen. Zum einen: Alle, ausnahmslos alle, durchgeführten Ermittlungen gehen von zwei Möglichkeiten aus: Ahmad A. hat die Zelle in Brand gesetzt; oder es war ein technisches Versehen, ein Unfall. Letzteres wird bald ausgeschlossen. Ersteres damit für die Ermittler die einzige Möglichkeit. Dass jemand anders den Brand gelegt haben könnte, wird - ähnlich wie im Fall Oury Jalloh [1] - schlichtweg nicht als realistische Hypothese anerkannt.

Daneben gibt es eine Reihe weiterer Hypothesen: A. sitzt seit drei Monaten unschuldig ein. Wenn er

darauf aufmerksam macht, wird das als Versuch, sich freizulügen oder Bemerkungen eines Verwirrten abgetan. Was, wenn er die Zelle aus Protest angezündet hat, aber nicht sterben wollte? Und was, wenn die Justizvollzugsmitarbeiter sich dachten: Na, lass den noch ein bisschen, das wird ihm eine Lektion sein?

Man weiss es nicht. Und ähnlich wie im Fall Oury Jallohs wird man es nie wissen, wenn nicht ausserhalb der Behörden Druck gemacht wird. Klar ist, das Justizministerium in Nordrhein-Westfalen kann nicht so tun, als wäre nichts gewesen. Also ist die Strategie: Zugeben, was nicht verheimlicht werden kann. Das aber immer mit der Stossrichtung, die wirklich unangenehmen Fragen nach Rassismus und Dehumanisierung im Gefängnisbetrieb nicht stellen zu müssen. "Versehen", die habe es gegeben. Und "Tragisch" sei das alles.

Dass der Staat so handelt, ist indes normal. Verstörender ist, dass auch die selbsternannte "Fünfte Gewalt" keine allzu grossen Anstrengungen unternimmt, den Fall aufzuklären. Ob es tatsächlich Suizid war, Mord oder fahrlässige Tötung, das kann zum jetzigen Zeitpunkt niemand sagen. Ohne Druck von aussen wird das nicht ermittelt werden. Wichtiger aber noch: Schon das, was wir jetzt wissen, zeigt die Fratze eines Gefängnis- und Polizeibetriebes, in der Gefangene erniedrigt und entmenschlicht werden. Und es zeigt den systematischen Rassismus dieser Behörden. In diesem Fall hat dieser Betrieb das Leben eines jungen Mannes ausgelöscht - und zwar unabhängig davon, wer die Zelle angezündet hat. Das könnte

man skandalisieren. Und man könnte fordern, dass es abgeschafft werden muss.

* Die Rekonstruktion der Ermittlungsergebnisse beruht auf dem Bericht des NRW-Justizministeriums an den Rechtsausschuss des Landtages vom 5. November 2018, Vorlage 17/1298

Anmerkung:

[1] <https://www.pressenza.com/de/2015/10/polizeigewalt-gegen-schwarze-auch-in-deutschland/>

Erstveröffentlicht im Lower Class Magazine:

<http://lowerclassmag.com/2018/11/verbrannt-und-vergessen/>

Übernommen vom Untergrund-Blättle:

http://www.xn--untergrund-blittle-2qb.ch/politik/deutschland/kleve_zellenbrand_justizvollzugsanstalt_5192.html

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/strafjus/rmsg0003.html>

Fracking - die raubenden Bohrer ...

(SB) 2. Januar 2019 - Im US-Bundesstaat Colorado gibt es über 100.000 aktive und inaktive Bohrlöcher aus der Erdöl- und Erdgasförderung, die mittels der hydraulischen Frakturierung, kurz Fracking, durchgeführt wird. Bei über 700 verwaisten Bohrlöchern wissen die Behörden nicht einmal, wer sie angelegt hat. Nun müssen die Steuerzahler die Stilllegung bezahlen, wofür die Staatsregierung fünf Millionen Dollar zur Seite gelegt hat. Das Geld wird niemals reichen, können sich doch die Sicherungskosten pro Bohrloch auf bis zu eine Million Dollar belaufen. Unterdessen ziehen die Marodeure und Brunnenvergifter der fossilen Energiewirtschaft weiter und stecken sich neue Claims ab, wohingegen die Bevölkerung jahre- bis jahrzehntelang für die Folgekosten des Frackings aufzukommen hat.

Vor allem was die indirekte Subventionierung der Energiekonzerne durch den Staat betrifft, unterscheiden sich die USA und Deutschland weniger, als auf den ersten Blick ersichtlich ist. So werden die Kosten, die sich aus der Erkrankung vieler Menschen aufgrund beispielsweise der Feinstaub-, Schwermetall- und Kohlenstoffdioxidemissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger ergeben, nicht eingepreist. Das heißt, es entstehen zwar Kosten, doch die werden externalisiert und von der Gesellschaft übernommen. Diese

hat es den Unternehmen ermöglicht, Profite aus der Förderung des Rohstoffs zu generieren und diese dank eines gegenüber der Industrie wohlwollenden Steuersystems zu privatisieren. Das gilt für Braun- und Steinkohle in Deutschland genauso wie für die Erdöl- und Erdgasförderung in den USA. Man kann sagen, solange es nur um die Umverteilung der Verluste geht, wird in dem in den USA und Deutschland vorherrschenden neoliberalen Wirtschaftsmodell nicht einmal sozialistisches Gedankengut abgelehnt: Die Gesellschaft darf bezahlen.

Die Stilllegung und Sicherung eines jener 720 "verwaisten" Bohrlöcher kostet nach Angaben der Colorado Oil and Gas Conservation Commission (COGCC) nur rund 85.000 Dollar, berichtete Philip Doe für das Magazin CounterPunch [1]. Schon allein das würde die Steuerzahler in den nächsten Jahren 61 Mio. Dollar kosten. Dem noch nicht genug hätte allerdings kürzlich das Schließen zweier Bohrlöcher in urbanen Regionen Kaliforniens jeweils eine Million Dollar verschlungen. Offensichtlich reiche die zurückgestellte Summe von fünf Mio. Dollar bei weitem nicht aus. Wie teuer werde es erst, wenn die verbleibenden 100.000 Bohrlöcher in Colorado geschlossen und gesichert werden müssen, fragt Doe. Der Staat verlange lediglich 10.000 Dollar für die

Stilllegung eines Bohrlochs und bis zu 100.000 Dollar für alle Bohrlöcher eines Unternehmens. Anadarko, das größte von ihnen in diesem Bundesstaat, hat jedoch 8.000 Bohrlöcher zu schließen und kommt somit extrem billig davon.

Beim sogenannten Fracking wird ein Bohrloch zunächst senkrecht, dann innerhalb des Zielhorizonts waagrecht angelegt, um anschließend mittels einer Perforationskanone Löcher in die Wandung des Bohrstänges sowie die umgebende Gesteinsschicht zu schießen. Dann wird eine Flüssigkeit aus Wasser, diversen Chemikalien und Spezielsand unter extrem hohem Druck in den Untergrund gepreßt. Dadurch wird das Gestein aufgebrochen, so daß das in kleinen Poren und Spalten vorliegende Gas oder Öl zusammenströmen und an die Oberfläche gefördert werden kann. Jedes Bohrloch wird mehrfach "gefrackt", und vom senkrechten Abschnitt der Bohrlöcher wird nicht nur in eine Richtung, sondern meist in verschiedene Richtungen horizontal weitergebohrt.

Trotz dieses riesigen Aufwands bleiben etwa 90 Prozent der Energieträger im Untergrund. Abschließend müssen die Bohrlöcher bis zu einer bestimmten Tiefe mit Beton verfüllt und gesichert werden, damit weder Gas austritt noch Grundwasserhori-

zonte kontaminiert werden. Weil Beton mit der Zeit brüchig und durchlässig wird, müßten alle Bohrlöcher etwa alle zwanzig Jahre ausgebohrt und von neuem verfüllt werden. Ob es flächendeckend dazu kommt, ist äußerst fraglich, zumal bereits die Finanzierung der Erstsicherungsmaßnahmen der Bohrlöcher ungewiß ist.

Die Ungewißheit geht nicht nur auf das mangelnde Interesse des Gesetzgebers zurück, die Unternehmen zu den erforderlichen Mindestmaßnahmen in Sachen Umwelt- und Gesundheitsschutz zu zwingen, sondern hat mit der desolaten wirtschaftlichen Situation der Gas- und Ölbranche zu tun. Ihre Schulden belaufen sich auf 260 Mrd. Dollar. Anadarko habe 14,5 Mrd. Dollar Schulden, berichtet Doe. Allein im vergangenen Quartal hätten die operativen Kosten des Unternehmens die Einnahmen um 500 Mio. Dollar übertroffen, und die Aktionäre hätten das Unternehmen wegen Mißmanagements verklagt. Doe führt es nicht näher aus, aber die Vermutung liegt

nahe, daß, sollten die Fracking-Unternehmen pleite gehen, am Ende des Tages wahrscheinlich niemand mehr da wäre, der ihre Verbindlichkeiten übernimmt.

Die US-Regierungen, ob von den Demokraten oder den Republikanern geführt, haben sich aus geostrategischen Gründen entschieden, heimisches Erdöl und Erdgas zu fördern, was nur mit Hilfe modernster Bohrtechnologie möglich geworden ist. Dadurch wurden die USA im Laufe des vergangenen Jahrzehnts relativ unabhängig von Importen, konnten selber Einfluß auf die Höhe der Weltmarktpreise für fossile Energieträger nehmen und auch auf diese Weise Geopolitik betreiben. Selbst wenn der Weltmarktpreis so weit sinkt, daß ihre eigene Industrie darunter leidet - Fracking hat relativ hohe Förderkosten -, Firmen Konkurs anmelden und in der Branche Konzentrationsprozesse stattfinden, ist dieser Preis gering verglichen mit dem geopolitischen Nutzen, daß unliebsame erdölexportierende Länder wie

Rußland und Venezuela dadurch unter Druck geraten.

Die Kosten für solches Kalkül hat dann, abgesehen von den Menschen in den besagten Ländern, die heimische Bevölkerung zu übernehmen, da durch Fracking Luft, Boden und Grundwasser kontaminiert werden und Menschen in Folge der aus den Bohrlöchern emittierten Luftschadstoffe, des verseuchten Trinkwassers und der sowohl verkehrs- als auch produktionsbedingten (Sandgewinnung) Staubbelastung erkranken. Was die flächendeckende Zerrüttung des Untergrunds an möglichen Langzeitfolgen mit sich bringt, ist bislang nicht einmal ermittelt.

Anmerkung:

[1] <https://www.counter-punch.org/2018/12/28/fracking-future-shock-in-colorado/>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umre-224.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ...

Interviews ... Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ...

Tips und Veranstaltungen ...

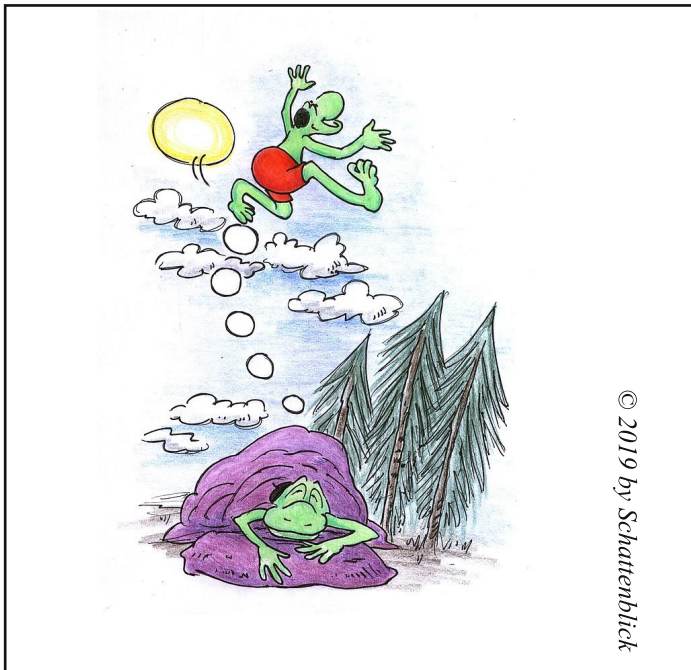
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

POLITIK - MEINUNGEN	Die Welt wird reicher - und lässt die Armen zurück (Pressenza)	Seite 1
POLITIK - KOMMENTAR	Brasilien - Auftakt für die Bibel-, Blei- und Bullenfraktion ...	Seite 3
SCHACH-SPHINX	Stümperei oder Genialität?	Seite 6
BÜRGER/GESELLSCHAFT	Unser geliebter Alter - Nachruf auf Osvaldo Bayer (poonal)	Seite 7
RECHT - STRAFJUSTIZ	Verbrannt und vergessen (Pressenza)	Seite 8
UMWELT - REDAKTION	Fracking - die raubenden Bohrer ...	Seite 12
DIENSTE - WETTER	Und morgen, den 3. Januar 2019	Seite 14

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 3. Januar 2019

+++ Vorhersage für den 03.01.2019 bis zum 04.01.2019 +++



Sonne, Wolken, spürbar kalt
treibt es Jean ins Reich der Träume,
wach wird er bestimmt nicht alt,
schlafend überspringt er Bäume.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.